

Walter Lübcke: „Ich bleibe bei meiner Aussage“

☒ Obgleich die skandalösen Äußerungen des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke (CDU) anlässlich eines Informationsabends zu einer geplanten Unterkunft für 800 Illegale in Lohfelden, die genau so auch von jedem anderen Verräter am Deutschen Volk getätigt worden sein könnten, hier schon wiederholt thematisiert wurden (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)), möchten wir auch den Versuch der Rechtfertigung dieses selbsternannten Verteidigers christlicher Werte nicht unkommentiert lassen.

(Von Hinnerk Grote)

In einem [Exklusivinterview mit der „HNA“](#) betonte Lübcke, dass er bei seiner Aussage bleibe. Er wisse nicht, wie der Eindruck entstanden sei, er wolle jemandem den Mund verbieten. Er habe sich zu jeder Frage um ernsthafte Antworten bemüht. Manchmal sei er vielleicht nicht gehört worden, weil er vielfach unterbrochen wurde und es laute Beschimpfungen gab. Seine Aussage sei an jene gerichtet gewesen, die durch Zwischenrufe ihre Verachtung unseres Staates artikuliert oder diesen Schmähungen applaudiert haben.

Wer jedoch den kurzen Videomitschnitt der Veranstaltung aufmerksam angeschaut hat, dem dürfte aufgefallen sein, dass es erst nach der unsäglichen Äußerung Lübckes, „wer diese Werte nicht vertritt, kann jederzeit dieses Land verlassen“, nennenswerte Proteste unter den Zuhörern gab.

Auf die Frage der „HNA“, wie es zu der Aussage gekommen sei, antwortete Lübcke sodann:

Unser Zusammenleben beruht auf christlichen Werten. Damit eng verbunden sind die Sorge, die Verantwortung und die Hilfe für Menschen in Not. An diese christlichen Kernbegriffe hatte ich

erinnert, als ich immer wieder durch Zwischenrufe wie „Scheiß Staat!“ und durch hämische Bemerkungen unterbrochen wurde. Ich wollte diese Zwischenrufer darauf hinweisen, dass in diesem Land für jeden und für jede, die diese Werte und die Konsequenzen aus unseren Werten so sehr ablehnen und verachten, die Freiheit besteht, es zu verlassen; im Gegensatz zu solchen Ländern, aus denen Mensch nach Deutschland fliehen, weil sie diese Freiheit dort nicht haben.

Abgesehen davon, dass es wohl doch einen großen Unterschied ausmacht, rechtswidriges staatliches Handeln, nämlich die Öffnung der Grenzen für alle, die es nach Deutschland zieht, als solches zu kritisieren oder die Werte dieses Staates nicht zu vertreten, sollte Lübcke seinen Satz doch besser denjenigen zurufen, die in dieses Land einreisen, obwohl sie keinerlei Bezug zu dessen Werten haben. Zu denken sei hier an die in die Millionen gehende Invasionstruppe aus mohammedanischen Ländern, an Menschen, denen westliche und insbesondere christliche Wertvorstellungen ein Gräuel sind, deren „Bildung“ sich auf das Auswendiglernen des Koran beschränkt, und die statt in einer Demokratie lieber in archaischen Clanstrukturen leben wollen. Diesem Personenkreis sollte wirklich und nachdrücklich das Angebot unterbreitet werden, unser Land zu verlassen, oder, noch besser, gar nicht erst zu kommen. Doch auf diesen Gedanken scheint Lübcke nicht zu kommen. Und einen Rücktritt von seinem Amt schließt er aus mit den Worten:

Regierungspräsidenten können nicht zurücktreten, weil sie vom Ministerpräsidenten eingesetzt und abberufen oder entlassen werden.

Nun, Herr Lübcke, dann bitten Sie doch endlich den Ministerpräsidenten des Landes Hessen um Ihre Entlassung. Es ist an der Zeit.